Bankhaus Herzogpark Marktblick

US-Midterms: Neue Mehrheiten, alte Risiken

München, den 4. November 2026

Autor: Michael Titz, Leiter Investment Office, Bankhaus Herzogpark

Das Wichtigste in Kürze:

- **Politik:** Die Demokraten übernehmen beide Kammern des Kongresses. Trumps gesetzgeberischer Spielraum schrumpft, seine exekutiven Befugnisse bleiben jedoch erheblich. Politische Blockaden und schwer kalkulierbare Entscheidungen könnten die Unsicherheit erhöhen.
- **Kapitalmärkte:** Weniger fiskalischer Spielraum könnte US-Staatsanleihen etwas entlasten. Gleichzeitig bleiben hohe Defizite, die weitere Dollarentwicklung, regulatorische Risiken im KI-Sektor und insbesondere der Iran-Konflikt entscheidende Einflussfaktoren.
- **Unsere Positionierung:** Ein strategischer Kurswechsel ist nicht erforderlich. Die fundamentalen Treiber der Märkte haben sich durch die Wahl nicht grundlegend verändert. Wir halten an unserer neutralen Aktienquote, breiter Diversifikation und einer sukzessiven Verlängerung der Duration fest.

Wahlausgang und erste Reaktionen

Die amerikanischen Zwischenwahlen haben einen deutlichen politischen Machtwechsel gebracht. Die Demokraten gewinnen sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat die Mehrheit. Während ein Wechsel im Repräsentantenhaus vielfach erwartet worden war, überrascht vor allem das Ausmaß des demokratischen Erfolgs, auch in traditionell republikanischen Bundesstaaten. An den Finanzmärkten sorgte das Ergebnis zunächst für gewisse Unruhe. Besonders Technologie- und KI-nahe Unternehmen gerieten unter Druck, während amerikanische Staatsanleihen gefragt waren und der US-Dollar nachgab. Allerdings setzte bereits am Vormittag eine Erholung an den Aktienmärkten ein. Anleger scheinen zunehmend zwischen der politischen Schlagzeile und den tatsächlichen wirtschaftlichen Konsequenzen zu unterscheiden.

Washington: Weniger Macht, aber nicht weniger Konfliktpotenzial

Ab Januar 2027 muss Präsident Donald Trump mit demokratischen Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses regieren. Größere Gesetzesvorhaben, insbesondere in der Steuer- und Haushaltspolitik, werden dadurch erheblich schwieriger. Umgekehrt können die Demokraten wegen des präsidialen Vetorechts auch keine grundlegende politische Neuausrichtung im Alleingang durchsetzen. Von einem handlungsunfähigen Präsidenten („lame duck“) kann unserer Ansicht nach dennoch keine Rede sein. Gerade bei Zöllen, Sanktionen und Außenpolitik bleiben dem Weißen Haus erhebliche eigene Befugnisse. Die Regierung hat sich offenbar bereits auf einen verstärkten Rückgriff auf Exekutivmaßnahmen vorbereitet. Politische Auseinandersetzungen könnten sich deshalb zunehmend auf Dekrete, gerichtliche Verfahren und Haushaltskonflikte verlagern. Das muss nicht zwangsläufig mehr Kapitalmarktvolatilität bedeuten. Eine stärkere parlamentarische Kontrolle könnte die Politik in

manchen Bereichen sogar berechenbarer machen. Gleichzeitig bleibt jedoch das Risiko kurzfristiger und schwer kalkulierbarer Entscheidungen bestehen.

Staatsanleihen: Weniger Fiskalimpulse, aber hoher Finanzierungsbedarf

Für die Rentenmärkte könnte die neue politische Konstellation zunächst entlastend wirken. Zusätzliche Ausgabenprogramme und Steuersenkungen dürften schwieriger durchzusetzen sein. Das könnte den Druck auf die amerikanischen Haushaltsdefizite und die langfristigen Staatsanleiherenditen leicht begrenzen. Entsprechend waren US-Staatsanleihen nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses zunächst gefragt. Allerdings verschwindet der enorme Finanzierungsbedarf des US-Staates dadurch nicht. Das Finanzministerium rechnet allein im laufenden Quartal mit einer Nettokapitalaufnahme am Markt von 618 Milliarden US-Dollar, für das erste Quartal 2027 sind weitere 800 Milliarden US-Dollar vorgesehen.

Besonders interessant ist deshalb die für den heutigen Tag angekündigte Quartalsplanung des US-Finanzministeriums. Neben dem Emissionsvolumen wird vor allem die Laufzeitenstruktur entscheidend sein. Eine perspektivische Verringerung der Emissionen sehr lang laufender Anleihen könnte den Renditedruck an diesem Ende der Zinsstrukturkurve begrenzen, ohne das grundlegende Verschuldungsproblem zu lösen. Hinzu kommt unseres Ermessens ein politisches Risiko. Die neuen Mehrheiten übernehmen erst am 3. Januar 2027 die Kontrolle. Bereits am 11. Dezember läuft jedoch die derzeitige Finanzierung der US-Bundesregierung aus. Unterschiedliche Interessen des noch republikanisch kontrollierten Kongresses und der künftigen demokratischen Mehrheiten könnten die Haushaltsverhandlungen erschweren und erneut einen Government Shutdown provozieren.

Eine nachhaltige Entspannung bei den langfristigen Renditen ist damit keineswegs gesichert. Für unsere Anleihepositionierung bestätigt sich vielmehr die bisherige Haltung: Die Duration bei Anleihen guter Bonität sukzessive verlängern, ohne auf einen raschen und nachhaltigen Rückgang der langfristigen Renditen zu setzen.

US-Dollar: Die erste Reaktion muss nicht von Dauer sein

Der Dollar reagierte zunächst mit Abschlägen auf das Wahlergebnis. Weniger zusätzliche Fiskalimpulse könnten die amerikanischen Wachstumserwartungen und damit den Zinsvorteil gegenüber anderen Währungsräumen reduzieren. Für Euro-Anleger ist das besonders relevant, weil ein schwächerer Dollar den Wert ungesicherter US-Anlagen in Euro belastet. Eine dauerhafte Abwertung lässt sich aus dem Wahlergebnis allerdings nicht ableiten. Die weitere Entwicklung hängt vor allem vom relativen Wachstum, den Inflationsperspektiven und der Geldpolitik ab. Auch geopolitische Risiken könnten die Nachfrage nach dem Dollar als sicherem Hafen jederzeit wieder erhöhen.

Aktienmärkte: Die Politik verstärkt eine bereits laufende Neubewertung

Besonders aufmerksam verfolgen wir die möglichen Folgen für den KI-Investitionsboom. Neue demokratische Mehrheiten und Wahlerfolge auf Ebene einzelner Bundesstaaten könnten Genehmigungen für Rechenzentren erschweren. Vor allem in Texas, einem wichtigen Standort der amerikanischen KI-Infrastruktur, dürften Fragen der Strom- und Wasserversorgung sowie der lokalen Regulierung stärker in den Vordergrund rücken.

Damit erhält eine Entwicklung zusätzliche Bedeutung, die wir zuletzt in unserem Oktober-Marktbericht beschrieben haben: Die Anleger hinterfragen zunehmend die enormen Investitionsausgaben und deren künftige Rentabilität. Politische Unsicherheit könnte diese

Neubewertung verstärken, der strukturell hohe Bedarf an Rechenleistung verschwindet dadurch jedoch nicht. Auch andere Branchen dürften unterschiedlich betroffen sein. Bei Banken könnten die Erwartungen an eine weitere Deregulierung gedämpft werden. Im Gesundheitswesen könnten Ausgabenprogramme und Förderungen wieder stärker diskutiert werden, während Pharmaunternehmen mit regulatorischem Gegenwind rechnen müssen. Zusätzliche Verteidigungsausgaben könnten politisch schwerer durchzusetzen sein, was die Perspektiven von Rüstungsunternehmen beeinträchtigen würde. Im Energiesektor dürfte dagegen die Geopolitik wesentlich wichtiger bleiben als die neue Sitzverteilung.

Für Europa ergibt sich ebenso ein differenziertes Bild. Exportorientierte Industrieunternehmen, Automobilhersteller und Maschinenbauer bleiben insbesondere von der Zollpolitik und dem Dollar abhängig. Europäische Zulieferer der KI- und Energieinfrastruktur könnten von Verzögerungen beim amerikanischen Rechenzentrumsausbau betroffen sein. Andererseits könnte eine stärkere internationale Diversifikation der Anleger auch europäischen und asiatischen Aktienmärkten zugutekommen.

Der Iran-Konflikt bleibt das größte geopolitische Risiko

Die Entwicklungen im Nahen Osten bleiben entscheidend. Der Iran-Krieg und die hohen Energiepreise haben offenbar wesentlich zur Unzufriedenheit amerikanischer Wähler beigetragen. Daraus könnte für den Präsidenten ein zusätzlicher Anreiz entstehen, auf eine diplomatische Lösung hinzuarbeiten. Gleichzeitig bleibt die Außenpolitik ein Bereich, in dem Trump weitgehend eigenständig agieren kann. Eine erneute militärische Eskalation lässt sich deshalb keineswegs ausschließen. Für die Kapitalmärkte wäre dieser Faktor möglicherweise deutlich folgenreicher als der eigentliche Wahlausgang. Ein erneuter Ölpreisschub oder weitere Schäden an zentraler Energieinfrastruktur könnten die Inflation antreiben, die Konjunktur belasten und den Notenbanken eine Lockerung ihrer Geldpolitik erschweren. Wie relevant das bereits ist, zeigen die aktuellen Eurostat-Daten: Die Inflationsrate im Euroraum stieg im Oktober nach vorläufigen Angaben auf 4,0 Prozent, vor allem aufgrund höherer Energiepreise.

Unsere Einschätzung: Kein Anlass für einen Strategiewechsel

Die Midterms verändern die politischen Handlungsspielräume in Washington, aber nicht über Nacht die fundamentalen Treiber der Kapitalmärkte. Die US-Wirtschaft zeigt sich weiterhin widerstandsfähig, die Unternehmensgewinne entwickeln sich erfreulich und die jüngsten Korrekturen haben bereits einen Teil überhöhter Erwartungen abgebaut. Wir halten deshalb an unserer neutralen Aktienquote und einer breiten Diversifikation fest. Der Wechsel der Marktführung im Oktober hat gezeigt, warum wir uns nicht einseitig auf einzelne Technologiethemen konzentrieren. Bei Anleihen bevorzugen wir weiterhin gute Bonitäten und eine schrittweise Verlängerung der Duration. Die politische Unsicherheit könnte in den kommenden Monaten durchaus zu stärkeren Schwankungen führen. Entscheidend wird jedoch bleiben, wie sich Wachstum, Inflation, Zinsen und Unternehmensgewinne entwickeln. Gerade deshalb sehen wir derzeit keinen Anlass für grundlegende Portfolioanpassungen.

Unser Fazit: Washington hat sich verändert. Für Anleger kommt es weiterhin darauf an, politische Schlagzeilen von den wirtschaftlichen Fundamentaldaten zu unterscheiden.

Quellen: Reuters, Associated Press, US-Finanzministerium, Eurostat sowie aktuelle internationale Kapitalmarkt- und Strategeneinschätzungen. Informationsstand: 4. November 2026, 13.30 Uhr.

Über das Bankhaus Herzogpark

Das Bankhaus Herzogpark wurde 2009 von Unternehmern für Unternehmer gegründet und steht für eine unabhängige, langfristig ausgerichtete Vermögensverwaltung. Als Privatbank vereint es die Vorteile einer leistungsfähigen Vollbank mit der Individualität eines unabhängigen Vermögensverwalters. Der Fokus liegt auf dem nachhaltigen Erhalt und der verantwortungsvollen Mehrung von Privat-, Firmen- und Stiftungsvermögen. Grundlage des Handelns sind eine vertrauensvolle Partnerschaft mit den Mandanten sowie der Verzicht auf kurzfristige Gewinnmaximierung zugunsten stabiler und nachhaltiger Ergebnisse.

Weitere Informationen zum Bankhaus Herzogpark unter: www.bankhaus-herzogpark.de

Pressekontakt

Bankhaus Herzogpark
Kristin Schiebler
Tel. 089 5404242 75
E-Mail: kristin.schiebler@herzogpark.eu

GFD - Gesellschaft für Finanzkommunikation mbH
Eva Fiedler
Tel: +49 (0)160 9750 3301
E-Mail: fiedler@gfd-finanzkommunikation.de

Rechtliche Hinweise

Alle Inhalte dieser Publikation, insbesondere Texte, Zitate und Grafiken, sind urheberrechtlich geschützt. Das Urheberrecht liegt, soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, bei der Bankhaus Herzogpark AG. Die Verwendung von Zitaten oder Grafiken ist nur bei ausdrücklichem Hinweis auf die fremde Urheberschaft rechtlich zulässig (§63 UrhG).

Diese Unterlage ist eine Information im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes. Die Gültigkeit der Informationen ist auf den Zeitpunkt der Erstellung dieser Unterlagen beschränkt und kann sich je nach Marktentwicklung jederzeit und ohne vorherige Ankündigung ändern.

Wir empfehlen Ihnen, vor einer Investition Ihren Anlage-, Steuer- oder Rechtsberater zu konsultieren. Zu beachten ist ferner, dass die hier angesprochenen Produkte unter Umständen im Hinblick auf die individuellen Anlageziele, die Portfolio- und Risikostruktur des jeweiligen Anlegers nicht angemessen sind.

Die in diesen Unterlagen enthaltenen Informationen und Meinungen stammen aus Quellen, die wir als zuverlässig ansehen. Eine Gewähr für die Richtigkeit können wir allerdings nicht übernehmen.